



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.08.2025

**Antrag:
Stadt München soll dem Freistaat das Strafjustizzentrum abkaufen – Investoren
bleiben draußen**

Die Stadt München soll dem Freistaat Bayern das Strafjustizzentrum in bester Lage an der Nymphenburger Straße abkaufen und sich dabei nicht von gewinnorientierten Privatinvestoren ausbooten lassen.

Vertragsverhandlungen mit dem klaren Ziel, das Gebäude zu kaufen und den notwendigen Betrag aufzubringen, sind unverzüglich aufzunehmen.

In dem Gebäude soll die Stadt Wohnungen bzw. Appartements für Menschen mit geringen Einkommen, systemrelevante Berufe (Erzieherinnen, Feuerwehr u.ä.) einrichten und Daseinsvorsorge etablieren wie Kinderbetreuung, Räume für Beratungsstellen, Integration (z.B. Sprachförderung, Berufsberatung etc.).

Begründung:

Dies ist eine einmalige Chance – die müssen wir nutzen.

Am 14. August 2025 wurde bekannt, dass der Freistaat Bayern das alte, leerstehende Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße verkauft.¹ Es befindet sich in bester Lage in der Innenstadt, ist fußläufig und mit ÖPNV bestens erreichbar und lässt sich für viele Zwecke umbauen. Dies wurde in der Vergangenheit bereits umfassend diskutiert.

Wie ein Sprecher des Bauministeriums auf Nachfrage der SZ sagte, sei der Freistaat „interessiert an einer sinnvollen Nachnutzung der Liegenschaft“. Wie diese gestaltet werden könne, sei nun „Gegenstand der Vertragsverhandlungen mit interessierten Investoren und der Landeshauptstadt München“. Zur Frage, ob die Stadt nur als Baubehörde oder auch als Kaufinteressentin involviert sei, wollte sich der Sprecher laut SZ nicht äußern.

Es ist angesichts des Mangels an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und von Wohnraum in München völlig inakzeptabel, dass Kommunen von reichen Investoren ausgebootet werden, wenn die Öffentliche Hand geeignete Gebäude in bester Lage verkauft.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-strafjustizzentrum-nymphenburger-strasse-verkauf-li.3298682>

Die Aussage, dass der Freistaat Vertragsverhandlungen mit Investoren führt, lässt leider den Verdacht aufkommen, dass hier ebendies drohen könnte.

Wir hoffen, dass seit der Benko-Pleite mit Bauruinen in bester Innenstadtlage, dem jahrelangen Gezerre um Großmarkt und Paketpost-Türme und weiteren negativen Erfahrungen mit gewinnorientierten Investoren endlich klar ist:

Hier geht es um Daseinsvorsorge. Das müssen die Städte und Gemeinden alleine in die Hand nehmen.

Investoren müssen draußen bleiben!

Die Gelegenheit, dieses Areal zu kaufen, ist ein Geschenk. Niemand würde verstehen, wenn der Staat hier für einen schnellen Euro öffentliches Eigentum an Investoren verscherbelt.

Es ist ja hinreichend bekannt, dass Vertreter der Immobilienbranche hervorragend vernetzt sind in die Staatsregierung und dort intensiv Lobbyarbeit betreiben.

Aber bitte: Lasst uns nicht schon wieder den Fehler machen wie bei den GBW-Wohnungen, die vom Freistaat an Investoren verkauft wurden und von der Stadt danach übersteuert zurückgekauft werden mussten.

Bitte diesmal gleich direkt, von der öffentlichen Hand an die Öffentliche Hand!

Wir fordern den Oberbürgermeister und die großen Parteien im Stadtrat auf, Avancen und Versprechungen von Investoren abzublocken und dieses Gebäude ganz alleine zu übernehmen.

Initiative:

Dirk Höpner (Planungspolitischer Sprecher, Stadtrat)